

Berliner Tageblatt

Für unerwartet eingelebte Neuauflage
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Millerands Rechtfertigung vor dem Botschafterrat. Die Probe auf den Kommunismus.

Von unserem Sonderberichterstatter

Dr. Paul Michaelis.

Eine neue Note an Deutschland.

Paris, 7. April. (W. T. Z.)

Der Botschafterrat ist heute, Mittwoch, um 5 Uhr nachmittags, zusammengetreten. Die Tagesordnung bildete die deutschen Notizen vom 3. und 6. April 1920. Der Präsident gab der Konferenz eine Note über die Besetzung Straßfurts und über die Gründe, die das Vorgehen der französischen Regierung veranlaßt haben, bekannt. **Millerand teilte folgende Note an den deutschen Geschäftsträger mit:** Vor der Besetzung der Städte Straßfurt, Darmstadt, Gomburg, Hanau und Dieburg hat die französische Regierung großen Wert darauf gelegt, ihre Verbündeten zu benachteiligen und bei ihnen Rat zu holen. Verschiedene Vorfälle seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages haben bewiesen, daß Frankreich gewillt ist, das enge Bündnis mit den Alliierten aufrecht zu erhalten, und eines Tages, wenn es sich einer Verletzung des Friedensvertrages gegenüber sieht, aus eigener Kraft zu handeln, um so mehr, als es infolge seiner geographischen Lage besonders gefährdet ist. Am 26. März erklärte der Kammerpräsident, daß Frankreich, das immer noch auf die dringlichsten Wiederentwaffnungen warte, nicht wisse, welche endgültigen Bestimmungen es treffen sollte. Am 29. März erklärte Goppert der französischen Regierung, daß seine Regierung keine Möglichkeit sehe, ohne vorherige Genehmigung der französischen Regierung Hilfstruppen in das Ruhrgebiet zu entsenden. Millerand bekräftigte dem deutschen Geschäftsträger in Paris die Antwort, die er ihm schon am 28. März gegeben hatte, daß die französische Regierung die Ermächtigung nur geben könne, wenn die französischen Truppen gleichzeitig die Städte Straßfurt, Darmstadt, Gomburg, Hanau und Dieburg besetzen dürften. Am Abend des 3. April bekannte Goppert, daß Reichsheertruppen in größerer Stärke als durch den Beschluß vom 9. August 1919 erlaubt, in das Ruhrgebiet einmarschieren seien, und hat im Namen der deutschen Regierung um die formelle Genehmigung. Am gleichen Tage teilte Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt H. Gantel in Berlin dem Stellvertreter des Generals Wolff, dem General Wertheim mit, die deutsche Regierung habe dem Reichskommissar Eberling volle Handlungsfreiheit über die angeforderten Operationen im Ruhrgebiet konzentrierter Truppen gegeben und nehme die Verantwortung für ihre Tätigkeit in der neutralen Zone auf sich.

Anden die französische Regierung ihren Alliierten angezeigt, daß die deutsche Regierung durch ihr Vorgehen den Artikel 44 des Friedensvertrages von Versailles verletze, dessen Verletzung den casus belli bedeute, sprach sie die Hoffnung aus, daß die anderen Regierungen gleich wie sie die Notwendigkeit eines unerschütterlichen Einverständnisses erkennen und der französischen Regierung wirksame Mittel in der Ausführung militärischer Maßnahmen leisten würden, die jetzt weder jünger noch aufgehoben werden könnten. Es war dies übrigens nicht das erste Mal, daß die französische Regierung ihren Alliierten diese Notwendigkeit besagte.

Am 28. März hatte Frankreich auf der Londoner Konferenz den Vorschlag eingebracht, Straßfurt und Darmstadt zu besetzen. Diese brühte aber am 28. März ihre Ansicht dahin aus, daß der Zeitpunkt unpassend sei. Die deutsche Regierung wandte sich direkt an die französische Regierung, um die Bewilligung zum Einmarsch von Truppen in das Ruhrgebiet zu erhalten. Die französische Regierung hatte keinen Grund, sich zur Verletzung des Vertrages herzugeben, da alle ihre Erfordernisse mit denen der Alliierten übereinstimmten und alle Alliierten einmütig die militärische Besetzung des Ruhrgebiets als unbillig und gefährlich betrachteten. Andererseits wiesen alle Vorwände darauf hin, daß die Initiative zu diesen Operationen der deutschen Militärpartei zugeschrieben werden müßte.

Es war die Militärregierung von Rapp, die sie ergreifen hatte, und es war die Militärpartei, die trotz der starken Einmündung, die selbst im Schoße der deutschen Regierung gegen die vorgesehene Intervention erhoben wurden, darauf beharrte, daß es unbillig sei, ohne Erhöhung der Kräfte die Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen.

Frankreich ließ sich somit einer Maßnahme gegenüber, die nach einmütiger Ansicht der Alliierten nicht ohne vorhergehende Ermächtigung zur Ausführung gelangen dürfte, die keineswegs durch die Umstände gerechtfertigt war, und für die die deutsche Regierung Frankreich gegenüber die formelle Verpflichtung eingegangen war, sie nicht ohne Ermächtigung auszuführen. Diese Maßnahme war durch den Umstand besonders schwer aufzunehmen, als die Alliierten trotz ihrer beständigen Bemühungen die Ausführung der Maßnahmen bezüglich der Abrüstung Deutschlands noch nicht erreichen konnten.

Die französische Regierung handelte somit gleichzeitig im allgemeinen und im Interesse Frankreichs. Es ist übrigens nicht nötig in Erinnerung zu rufen, daß sie entschlossen ist, die besetzten Städte von ihren Truppen zu befreien, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone vollständig verlassen haben. Die Haltung der französischen Regierung ist durch das Vorgehen der deutschen Regierung gerechtfertigt. Die französische Regierung wird übrigens ihre Anwesenheit in Bezug auf Deutschland, mit dem sie auf Grund der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Handelsbeziehungen eintreten wird, von denen die Situation Europas nur gewinnen kann, nicht ändern.

Am 28. März sprach sich der französische Ministerpräsident in diesem Sinne im Parlament aus, denn er sagte darauf: Ich verneinere niemals irgendein den Gedanken eines wirtschaftlichen Zusammenarbeitens nicht aus. Ich habe schon gewisse Möglichkeiten im Auge. Die Grundvoraussetzung, die aber vorangeht, ist, daß die deutsche Regierung, mit der ich — ich wiederhole es — bereit bin, wirtschaftlich zusammenzuarbeiten, zunächst den Beweis ihres guten Willens erbringt, indem sie ihren Verpflichtungen nachkommt.

Am 29. März bekräftigte Herr Millerand Herrn Maher seine Ansicht, eine neue wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland auf dem Wege wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu beginnen. Als die französische Regierung am 4. April ihren Vertreter in Ausmaß die Beschlüsse mitteilte, die sie gefaßt hatte, daß sie, wissen zu lassen, daß, wenn sie diese Haltung eingenommen hätte,

ke keinen feindseligen Gedanken Deutschland gegenüber gehe. Sie wiederholte die Versicherung, Frankreich wünsche bald wieder die normalen Beziehungen zu Deutschland auf der Grundlage wirtschaftlicher Liebereinkommen zu haben. Sie fügte bei, daß diese Anregung, die in diesem Sinne unternommen würde, bei ihr den günstigsten Empfang finden würde, und machte die Mitteilung, daß unter gewissen Umständen die Initiative von Frankreich aus kommen könnte.

Die Note des Herrn Millerand ist ein Produkt des schlechten Gewissens und der Verlegenheit. Sie soll der internationalen Konferenz und der Welt klar machen, warum die französische Regierung einen neuen, völlig sinnlosen Gewaltakt verübt und sich zur Schürerin der Anarchie gemacht habe, und die Welt dürfte die französische Gewaltpolitik nach dem Studium dieser Note ebenso fürcht, unmoralisch, den Interessen Europas widersprechend finden, wie vorher. Herr Millerand gibt zu, daß er die Hoffnung gehegt und ausgesprochen habe, die anderen alliierten Regierungen würden, gleich wie die französische, die Notwendigkeit eines unerschütterlichen Einverständnisses erkennen und der französischen Regierung wirksame Mittel in der Ausführung militärischer Maßnahmen leisten, die die Welt aufzufahren seien. In dieser Hoffnung hat Herr Millerand, haben seine Kollegen und Berater sich vollkommen getäuscht. Allerdings haben die englische und die italienische Regierung Frankreich gewähren lassen und sich wohl höchstens mit Ausrückung einiger Bedenken gezeigt. Aber sie haben gar nicht daran gedacht, Frankreich wirksame Mittel in der Ausführung militärischer Maßnahmen zu leisten, und haben es der französischen Armee verweigert, allein diese Vorbereitungen zu pflegen und die wehrlosen deutschen Städte zu überfallen. Das darüber in Frankreich Enttäuschung herrscht, ist sowohl aus der Note, wie aus jeder Zeile der Pariser Pressekommentare zu ersehen. Und diese Enttäuschung wird gesteigert durch die abfällige, verurteilende Kritik, die in America, England, Italien und in den neutralen Ländern an dem französischen Verhalten, an dieser französischen Schwächung zugunsten des Bolschewismus, der Anarchie und der räuberischen Plündererbanden, von der anständigen und ernsthaften Presse geteilt wird, und höchstens in Wältern von den moralischen Qualitäten der „Times“ nicht zu finden ist. Um sich zu rechtfertigen, bringt Herr Millerand all die Unwahrheiten, die seine Organe schon verbreitet haben, wieder vor. Die Entsendung deutscher Truppen nach dem Ruhrgebiet sei „durch die Umstände keineswegs gerechtfertigt“ gewesen, die Militärregierung des Herrn Rapp habe sie veranlaßt, und die deutsche „Militärpartei“ habe sie durchgeführt. Das alles ist vom ersten bis zum letzten Worte unwahr und teilweise geradezu grotesk. Es ist der Welt wohl heute auch klar, daß eine Militärpartei gerade in Frankreich, und nur dort, der ausschlaggebende Faktor ist, und daß diese Militärpartei des Marschalls Koch, die auch den Marsch auf Straßfurt so glänzend organisiert hat, gegenwärtig ganz allein die Ruhe Europas untergräbt. Herr Millerand verpricht noch einmal, nach der Räumung der neutralen Zone durch die deutschen Truppen die besetzten Städte von den französischen Truppen zu befreien. Und im Schlußteil seiner Note schildert er die eben Absichten und die guten Gefühle, die ihn, und gegenüber, so ganz erfüllen. Er ist zur Anknüpfung von Handelsbeziehungen, zu wirtschaftlichem Zusammenarbeiten mit Deutschland bereit. „Rein feindseliger Gedanke Deutschland gegenüber“ habe in seinem Herzen einen Platz. Herr Millerand sollte begreifen, daß wir seine freundlichen Versicherungen jetzt ebenso kühn betrachten wie seine Gewaltpolitik.

Das demokratische Deutschland wünscht gewiss, mit dem französischen Volke in ein erträglicheres Verhältnis zu gelangen, und es versteht einestweil, daß ein solches Verhältnis auch die lokale Befolgung aller irgend erfüllbaren Vertragsbedingungen zur Voraussetzung hat. Doleich ist nicht einen Augenblick lang auf das Bestreben, eine Revision dieses Vertrages herbeizuführen, verzichtet, will das demokratische Deutschland seine Verpflichtungen einlösen, wenn man ihm die Möglichkeiten dazu gibt. Aber der französische Nationalismus, den die Regierung des Herrn Millerand verkörpert, und den die Barthou, Warres und andere Kammergößen ebenso wie die Mehrzahl der französischen Wähler unerschütterlich in der schärfsten Form vertreten, zerstört diese Möglichkeiten und zerstört auch ebenso die Aussichten auf ein Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und Frankreich, wie er die Aussichten auf eine Verhütung Europas zerstört.

Einberufung der Nationalversammlung zum Montag.

Der französische Vorkurs und die Lage im Ruhrgebiet

Präsident Fehrenbach hat die Mitglieder der Nationalversammlung auf Montag, den 12. April, nachmittags 3 Uhr zu einer Sitzung zusammengerufen. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die Aktion im Ruhrgebiet und den französischen Einmarsch in den Raingau. Die Parteien werden eine gemeinsame Entschließung annehmen, die den französischen Vorkurs als Friedensbruch fernmeint und an den Vorkurs einen Appell richtet. Die Aussprache dürfte sehr lebhaft werden, da die Parteiführer, wie wir hören, auf dem Standpunkt stehen, daß die französische Politik es Deutschland unmöglich mache, seinen Wiederaufbau zu vollziehen und seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag zu erfüllen. Die Regierung wird der Eilente sofortige Änderungen des Friedensvertrages über die Behandlung der neutralen Zone vorschlagen.

Nie vielleicht waren die Aussichten für einen kommunistischen Versuch großen Stills auf deutschem Boden günstiger als während der letzten Märzhälfte im Ruhrgebiet. Hier kam alles zusammen, um einen verblühenden Anfangserfolg zu schaffen. Dieses großstädtliche Gebiet ist in zahlreiche selbständige Gemeinden zerstückelt und damit völlig unübersichtlich. Zu einer polizeilichen und administrativen Einigung fehlen die elementarsten Voraussetzungen. Hier kann jeder Phantast und jeder Verbrecher (purlos) untertauchen. Die kommunistische Organisation war im März so gut wie vollendet. Zwar hatte man die Proklamation der Räteidistrits des Ruhrgebiets erst für den Mai in Aussicht genommen, aber im wesentlichen war schon jetzt alles fertig. Die Arbeiter waren genau nach Stamurrollen auf ihre Kompagnien verteilt und mit Waffen ausgerüstet. Ob wirklich, wie mit Bestimmtheit behauptet wird, hundert russische Offiziere den Aufstand nach bolschewistischem Muster organisiert haben, mag dahingestellt bleiben. Eine zweifelhafte Bekämpfung dafür scheint mir nicht erbracht zu sein. Sie wäre auch überflüssig gewesen, der fünfjährige Krieg hat in Deutschland so viele militärisch geschulte Kräfte geschaffen, daß es bei uns wieder an Führern noch an Mannschaften für solche Verdinge fehlen könnte. Dagegen aber wirklich die eine oder andere Wunde bei der roten Proklamierung bestanden, so wäre sie mehr als ausgeglichen worden durch die alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig erfindende Enttäuschung über den Putsch der Rapp und Lüttwits. Eine elementare Welle legte die der Sympathie für diesen Putsch verdächtige Reichswehr aus dem Ruhrgebiet fort: in einzelnen Städten, wie in Hagen, wurden große Parteien von Waffen an die Arbeiter verteilt, um die Gegenrevolution rücksichtslos bekämpfen zu können. Alle ansehnlichen Vorbereitungen eines kommunistischen Erfolges waren also gegeben.

So lagen die Dinge, als die kommunistischen Führer das Signal zum Kampf gaben. Am 20. März, heutzutage, streuten in den Fabriken und auf den Straßen, zum Zeichen, daß sich die revolutionären Gruppen unter ihren Führern sammeln sollten, um sich zu bewaffnen. Dieser Aufruf wurde fast überall im Ruhrgebiet befolgt. Auch Orte wie Duisburg, die sich bisher verhältnismäßig ruhig verhalten hatten, wurden von dem allgemeinen Tumult ergriffen. Irrenden härterer Widerstand legte sich zunächst nicht. Aufschreiend war auch in den bürgerlichen Kreisen die Ermüdung lebendig, erst einmal abzuwarten und zu sehen, was bei dem Ereignis herauskommen würde.

Zunächst fielen die kommunistischen Führer durch ihre Ideenlosigkeit unangenehm auf. Sie kopierten mit fast slavischer Treue die Praktiken der verstorbenen Kriegerorganisationen. Es erriechen eine Unmasse von Vorordnungen und Bekanntmachungen über die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und anderen notwendigen Bedarfsgegenständen, es gab Warnungen und Drohungen, Anordnungen der Presse, Einschränkung der Zensur, Einschränkung des Verkehrs und der Postdienste, Reglementierungen und Schikanierungen nach erprobtem Muster — kurzum, eine beliebige Kriegerorganisation mit Klubfeiern und allem Zubehör hätte es auch nicht anders gemacht. Dabei suchten die roten Machthaber sich — gleichfalls nach bewährtem Muster — die Rotgardisten durch gute Verpflegung und hohe Löhnung — der einzelne Mann sollte neben anderen Besätzen täglich 65 Mark Bargeld erhalten — bei guter Raune zu erhalten. Man wollte, wenn nicht Begeisterung, so doch Verwundung nach allen Seiten schaffen.

Den bestehenden Behörden gegenüber verhielten sich die kommunistischen Führer nicht einseitig. Teils wurde der Versuch gemacht, sie beiseite zu schieben, teils suchte man sich ihrer zu bedienen, um sich die eigene Arbeit zu erleichtern. Zunächst kam doch ein unerschütterlicher Druck heraus, der mit dem Gegenstreik der kommunalen und staatlichen Beamten beantwortet wurde. Als Beispiel sei erwähnt, daß der leitende Oberbürgermeister in Duisburg, Dr. Jarres, zunächst von den kommunistischen Führern Koch und Wild umschmeichelt, dann seines Amtes enthoben wurde, weil er die geforderte Unterschrift unter einem städtischen Bescheid von drei Millionen verweigerte. Mit Nähe konnte er sich der über ihn verhängten Schmach und schmerzlichen Konsequenzen entziehen und keine Geschäftsführung nach Ruhrort verlegen, wo er die übrige Zeit seinen Amtspflichten gerecht wurde.

Im allerschwersten Rathaus zu Duisburg ging es unterdessen wüst her, und ähnlich in den anderen städtischen Gebäuden. So heißt es in einer Schilderung der Zustände in Düsseldorf: „Dabei stehen die Rathhäuser voll jammernder Frauen und angeblich arbeitslosen Lebensmittels, Bekleidungs- und Personalbedürfnissen des Volksgewalts verdingen vollständig.“ Weidlich schildert die „Reichswehrliche Volkstimme“, die in Duisburg erziehende mehrheitssozialistische Blatt, die Beschäftigten. Es gelang ihr, am 20. März hinter dem Rücken der kommunistischen Gewalttäter, eine Nummer herauszubringen. Darin wird gewagt: „Es ist kein Kunststück, von einer betroffenen Horde, die im Hintergrunde feindschaftlich bedeckt, kategorische Befehle herauszugeben, Banken zu plündern, unbeliebte wahrheitsgetreue Personen in Schachhaft zu nehmen und sich über die gegenwärtigen Vereinbarungen hinwegzusetzen.“ Und von den beiden kommunistischen Führern in Duisburg, Wild und Koch, wird folgende Schilderung gegeben: „Nicht dem Kommunismus hat ihr Gaudeln, sondern eigenen Interessen, die aus dem Frankfurter geborenen ebenfalls Räubertum entsprechen.“ So haben die Rätepublikanten des Ruhrgebiets in Wirklichkeit aus. (Zu ihnen mußten